■ Handlungsoptionen beim **innogy-Kontrollwechsel**

Abschluss der innogy-Transaktion Mitte des Jahres erwartet

Im März vergangenen Jahres erzielten RWE und E.ON grundsätzlich Einigung über den Verkauf der 76,8-prozentigen Beteiligung an innogy im Rahmen eines weitreichenden Tauschs von Geschäftsaktivitäten. Zentraler Gegenstand der Transaktion ist die Neustrukturierung der beiden Energieriesen nach Wertschöpfungsstufen. RWE wird zukünftig im Wesentlichen für die Energieerzeugung, E.ON (dann mit innogy) für die Verteilung und den Vertrieb von Strom und Gas zuständig sein. In einem ersten Schritt haben Bundeskartellamt und EU-Kommission im Februar einen ersten Teil der Transaktion, die 16,67-Prozent-Beteiligung von RWE an E.ON und den Erwerb konventioneller und regenerativer Erzeugungskapazitäten durch E.ON, freigegeben. Der Abschluss des innogy-Erwerbs (Netze und Vertriebe an E.ON) wird vorbehaltlich kartellrechtlicher Prüfungen in einem zweiten Schritt für Mitte dieses Jahres erwartet. Insofern kann für vertraglich mit innogy verbundene Kommunen hier schon zeitnah (ggf. in der Ferienzeit) konkreter Handlungsbedarf entstehen.

Vertragswerke auf Kontrollwechsel-(CoC-)Klauseln prüfen

Kontrollwechsel und entsprechende CoC-Klauseln in Vertragswerken setzen in aller Regel die Übernahme/den Wechsel der Mehrheit der Geschäftsanteile an einem Unternehmen voraus. Durch den mehrheitlichen innogy-Eigenerwerb von RWE auf E.ON sollte diese Voraussetzung erfüllt sein. Betroffen sein können in diesem Fall sowohl Verträge, bei denen innogy Vertragspartner ist, als auch Verträge mit Unternehmen, an denen innogy (mittelbar) beteiligt ist. Aus kommunaler Sicht kommen mehrere Vertragswerke mit (mittelbarem) Bezug zur Energieversorgung für eine Überprüfung in Frage. Zum einen können in Strom- und Gaskonzessionsverträgen Klauseln zwischen Kommunen und innogy(-Unternehmen) enthalten sein, die den Kommunen eine Sonderkündigungsoption im Falle eines Kontrollwechsels einräumen. Ferner können in Gesellschafts- und Konsortialverträgen gemeinsamer Unternehmen (Stadtwerke, Netzgesellschaften etc.) von Kommunen mit innogy derartige Klauseln enthalten sein. Zu guter Letzt können auch Pacht-, Betriebsführungs- oder Dienstleistungsverträge gemeinsamer Unternehmen mit innogy CoC-Klauseln enthalten. In Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten können sich somit für Kommunen im Einzelfall mehrere Rechte/Optionen ergeben.

Neben den über 8 Millionen Strom- und Gaskunden und über 10 Millionen Strom- und Gasnetzkunden innogys sind auch zahlreiche Kommunen in Deutschland von dem innogy-Deal (un-)mittelbar betroffen. Durch rund 3.000 Strom- und rund 800 Gasnetzkonzessionen wird der Netzbetrieb in etwa 2.700 Kommunen geregelt. Darüber hinaus hält innogy (auch mittelbar über Konzern-Mehrheitsbeteiligungen enviaM, Lechwerke, Süwag oder VSE) rund 100 kommunale Beteiligungen an Stadtwerken, Energieunternehmen und Netzgesellschaften. Die Zusammenarbeit mit Kommunen im Rahmen der Energieversorgung beruht dabei stets auf vertraglichen Grundlagen (Energiewirtschaftsrecht/Gesellschaftsrecht). Durch den innogy-Deal, genauer gesagt den innogy-Kontrollwechsel („Change-of-Control“ – CoC) von RWE auf E.ON, können nun in den Vertragswerken zeitnah CoC-Klauseln greifen, die kommunalen Entscheidern Handlungsoptionen im Rahmen der Gestaltung der kommunalen Energieversorgung eröffnen können. Mit diesen Handlungsoptionen sind dabei aus kommunaler Sicht weitreichende wirtschaftliche und gestalterische Perspektiven verbunden.

Zielsetzungen für Umgang mit CoC-Klauseln

Sofern eine gründliche Prüfung das Vorliegen wirksamer CoC-Klauseln bestätigt, stellt sich aus kommunaler Sicht die Frage, welche Zielsetzungen sich vor dem Hintergrund der Klauseln verfolgen lassen können. Mit Bezug zur Gestaltung der lokalen Energieversorgung stehen i. a. R. Zielsetzungen wie Wirtschaftlichkeit, Einflussnahme, Nachhaltigkeit oder Versorgungssicherheit im kommunalen Fokus. Die Zielsetzungen bzw. Kriterien können die Grundlage für eine vergleichende Bewertung praktikabler Handlungsoptionen darstellen.

„Auf Basis einer eingehenden Prüfung der relevanten Grundlagen lassen sich die Handlungsoptionen für Kommunen ableiten.“

Ableitung und Bewertung von Handlungsoptionen

Auf Basis einer eingehenden Prüfung der relevanten Grundlagen lassen sich die Handlungsoptionen für Kommunen ableiten. Wesentlich sind insbesondere denkbare Rechtsfolgen der CoC-Klauseln wie etwa Sonderkündigungsrechte, (partielle) Vor-/Verkaufsrechte oder Einziehungsmöglichkeiten für Geschäftsanteile. Zu beachten sind zudem Rahmenbedingungen wie Fristen und Formvorgaben zur Nutzung von Optionen oder Regelungen zur Wert-/Kaufpreisermittlung für Geschäftsanteile. Des Weiteren können bei gemeinsamen Unternehmen etwa Regelungen zur Governance/Beschlussfassung, Wertschöpfungstiefen in Sparten oder Dienstleistungsbeziehungen (insb. mit innogy) geprüft werden. Auch eine Abschätzung über das wettbewerbliche bzw. partnerschaftliche Umfeld kann erforderlich sein. Auf Basis der Prüfungsergebnisse können die konkreten Handlungsoptionen der Kommunen abgeleitet werden.

Im Bereich von Konzessionsverträgen kann über eine Neuausschreibung der Konzessionen nachgedacht werden, sofern neue Konzessionsverträge eine Besserstellung der Kommune ermöglichen. Darüber hinaus ist aus kommunaler Sicht vor dem Hintergrund auslaufender Konzessionen (Energiewirtschafts- und Vergaberecht zu berücksichtigen) eine Beteiligung am lokalen Netzgeschäft/Rekommunalisierung der lokalen Energieversorgung denkbar. Mit Blick auf die Laufzeiten von Konzessionsverträgen (i. a. R. 20 Jahre) ist diese Möglichkeit für Kommunen nicht alltäglich gegeben und daher sorgsam zu prüfen.

Für den (gesellschaftsrechtlichen) Bereich von gemeinsamen Unternehmen mit innogy können sich ebenfalls unterschiedliche Handlungsoptionen ergeben. Beispiele hierfür sind u. a. die Verhandlung einer Verzichtsprämie zur Nichtausübung der CoC-Klauseln, Anteilserwerb/-veräußerung, die Weiterreichung von Anteilen an neue strategische Partner oder die Begründung von regionalen Kooperationen.

Um eine vergleichende Bewertung der Handlungsoptionen und somit die Ermittlung einer Präferenzoption zu ermöglichen, sollten die Handlungsoptionen systematisch dargestellt und qualitativ/quantitativ hinterlegt sowie anhand der kommunalen Zielsetzungen bewertet werden. Insbesondere Folgewirkungen zu Wirtschaftlichkeit (Einfachheit vs. laufende Haushaltbeiträge) und Einflussnahme (unternehmerische Führung vs. Konsenszwang) sind im Detail zu ermitteln und vergleichend zu bewerten. In letzter Konsequenz sollte eine fundierte Beschlussfassung kommunaler Gremien über den Umgang mit CoC-Klauseln bzw. die Umsetzung einer Präferenzoption ermöglicht werden.

Umsetzung der (präferierten) Handlungsoption

Unter Berücksichtigung der Vielzahl der Beteiligten (Verwaltung, Kommunalpolitik, Versorger, Kommunalaufsicht, Berater, ggf. Bürger), die Dauer kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse in diesen Themen und den möglicherweise geringen Zeitrahmen (Frist) für die Entscheidung zur Nutzung der CoC-Klauseln empfiehlt sich eine frühzeitige und gründliche Planung des gesamten Prozesses. Sofern man etwa neue (strategische) Partner für eine vorteilhaftere Gestaltung der lokalen Energieversorgung sucht, kann die Ermittlung belastbarer Zusagen/Angebote auch hier mit Blick auf Gremienerfordernisse dauern. Aus heutiger Sicht ist eine möglichst frühzeitige Befassung mit den Handlungsoptionen ratsam, um eine Beschlussfassung über die eigene Präferenzoption zu ermöglichen und diese dann auch mit der erforderlichen Sorgfalt/Sicherheit umsetzen zu können.

Fazit

An anderer Stelle wurden Kommunen von Versorgern schon sehr hohe Beträge für den Verzicht auf Anteilsaufstockungsoptionen gezahlt. Aus Konzern-Perspektive sind hier Argumente wie Konsolidierungsfähigkeit oder Erhalt von Synergien aus Systemlandschaften als maßgebliche Gründe für diese Zahlungen zu nennen. Auch die Übernahme der Mehrheit an Versorgern (inkl. unternehmerische Führung, Freiheitsgrade der Unternehmensentwicklung etc.) durch Kommunen in Folge der Nutzung von Aufstockungsoptionen war in der Vergangenheit der Fall. Dies sollen nur zwei Beispiele dafür sein, welcher Nutzen Kommunen aus Kontrollwechsel-Optionen zufließen kann. Aus kommunaler Sicht sollte klar sein, dass derartige Entscheidungen zur Gestaltung der lokalen Energieversorgung die wichtigsten der kommenden Jahr(zehnt)e sein könnten. Es empfiehlt sich, zum Zeitpunkt des Abschlusses der Transaktion gerüstet zu sein, um die eigenen Möglichkeiten nicht zu verschlafen. ■

Autor

Klaus Uppang,
Projektmanager, smm managementberatung
GmbH, Düsseldorf